

Vorschlag Nr. 394					
Titel	<b>Ein Spielplatz für Halle-Beesen</b>				
Beschreibung	Halle-Beesen ist der einzige Stadtteil, welcher keinen Spielplatz hat, aber auch hier gibt es Kinder. Ich bitte darum, zu prüfen, ob der Bau eines Spielplatzes möglich ist.				
Kommentare	1	Bewertung	1 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit durch die Verwaltung						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Ja			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
Einsparungen	x	O	O	O	O	O
Investitionskosten	O	O	O	O	X	O
Planungsaufwand	O	x	O	O	X	O
Umsetzungsaufwand	O	O	O	O	X	O

Stellungnahme der Verwaltung	Im Stadtteil Beesen gibt es bereits am westlichen Rand des Ortsteils einen Spiel- und Bolzplatz. Am Hohen Ufer befinden sich ein Bolzplatz und ein Spielplatz mit 2 Tischtennisplatten und einem Sitzbereich für Jugendliche. Zum Spielplatz gehören auch noch die direkt westlich angrenzenden Flächen auf dem Gebiet des Stadtteils Silberhöhe. Hier werden als zusätzliches Angebot in Kürze noch ein Drehkarussell und eine Wippe eingebaut. Das Spielangebot richtet sich an alle Altersgruppen (0-18 Jahr). Die Größe des Spielangebots wird mit deutlich mehr als 6 m <sup>2</sup> pro Kind als sehr gut eingestuft, so dass aus Sicht der Verwaltung kein Bedarf für einen zusätzlichen Spielplatz besteht.				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Vorschlag Nr. 395					
Titel	<b>Luther Platz - Kreisverkehr</b>				
Beschreibung	Der Lutherplatz ist ein Nadelöhr und ein Verkehrsrisiko für Autoverkehr und Fußgänger. Es böte sich an, diesen Verkehr zu entflechten. Der aktuelle Zweirichtungsverkehr führt derzeit zu Beinahe-Unfällen im Minutentakt. Auch Fußgänger die einmal auf oder über den Platz wollen fühlen sich trotz Schutzüberweges nicht sicher. Es wäre ein Leichtes hier rings um den Platz einen Kreisverkehr zu legen, Baumaßnahmen wären nicht mal nötig ein paar Schilder reichen aus.				
Kommentare	0	Bewertung	0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit durch die Verwaltung						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Ja			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
Einsparungen		X	O	O	O	O
Investitionskosten		O	O	O	X	O
Planungsaufwand		O	O	X	O	O
Umsetzungsaufwand		O	O	O	X	O

Stellungnahme der Verwaltung	Sehr geehrte Nutzerin, sehr geehrter Nutzer, vielen Dank für Ihr Interesse am Bürgerhaushalt der Stadt Halle (Saale) und den von Ihnen gemachten Vorschlag. Aus verkehrsrechtlicher Sicht besteht am Lutherplatz grundsätzlich die Möglichkeit der Einrichtung eines Kreisverkehrs. Die vorgeschlagene Änderung führt jedoch nicht zu einer erhöhten Verkehrssicherheit. Die Erfahrungen in der Praxis haben immer wieder gezeigt, dass sich im Falle von Einbahnstraßen die gefahrenen Geschwindigkeiten erhöhen. Fahrzeugführer rechnen nicht mehr mit Gegenverkehr und schätzen aus diesem Grund das Risiko geringer ein. Mit diesem Effekt wäre auch am Lutherplatz zu rechnen. Derzeit müssen Fahrzeugführer mit Gegenverkehr rechnen. Insbesondere im Bereich von Kurven wird dadurch stärker abgebremst und damit auch die Sicherheit von Fußgängern gestärkt. Im Zeitraum Januar 2012 bis März 2016 gab es an den beiden im Bereich vorhandenen Fußgängerüberwegen keinen Verkehrsunfall. Beide Überwege wurden zudem 2015 saniert und mit einer besseren Beleuchtung ausgestattet. Die derzeitige Regelung wird aus diesen Gründen als vorzugswürdig bewertet.				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozess ein	<input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Vorschlag Nr. 397					
Titel	<b>Sanierung von KiTa's und Schulen</b>				
Beschreibung	Ich glaube sehr viele wissen wie die baulichen Bedingungen in Kindergärten und Schulen sind. Die Sanieranlagen, Fenster, Heizungen und vieles mehr sind auf einem sehr alten Stand. Es geht meist mehr kaputt, als das man es nutzen kann. Wenn schon darüber gesprochen wird, wofür das Haushaltsgeld der Stadt ausgegeben wird, dann sollte so etwas, dass das öffentliche Leben betrifft, bitte an erster Stelle berücksichtigt werden.				
Kommentare	1	Bewertung	1 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit durch die Verwaltung						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Ja			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
Einsparungen		x	o	o	o	o
Investitionskosten		o	o	o	o	x
Planungsaufwand		o	o	o	o	x
Umsetzungsaufwand		o	o	o	o	x


Stellungnahme der Verwaltung	Der im Vorschlag beschriebene Handlungsbedarf wird auch von der Verwaltung gesehen. Mit der Einstellung von 171,9 Millionen EURO investiver Ausgaben für Schulen und Kitas will die Stadt Halle (Saale) den Investitionsschwerpunkt 2016 bis 2022 im Bereich Bildung ansetzen. Es ist das bisher größte Investitionsprogramm überhaupt und soll helfen, den Investitionsstau im Bereich Bildung abzubauen. Werden Kitas neben der allgemeinen Sanierung auch in stark nachgefragten Gebieten erweitert oder neu gebaut, so werden bestehende Schulen hauptsächlich saniert. Schwerpunkt einer Sanierung werden der Brandschutz, die Barrierefreiheit und energetische Maßnahmen sein. Für Schulen wird zusätzlich ein IT-Datennetz installiert, um eine zeitgemäße Unterrichtsdurchführung zu gewährleisten.				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozessen ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Vorschlag Nr. 399					
Titel	<b>Straßenbeleuchtung</b>				
Beschreibung	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, wie mir aufgefallen ist, schaltet sich die Straßenbeleuchtung um circa 20:00 Uhr am heutigen Tage (26.06.16) ein. Es würde vollkommen ausreichen, wenn die Straßenbeleuchtung ab 21:45 Uhr eingeschaltet wird. Nachdem vor einigen Jahren wie jede zweite Straßenbeleuchtung aktiviert war, denke ich, dass hier mit einer genauen Zeittaktung Einsparpotenzial besteht. Gruß Scheidgen</p> <p>Einsparvorschlag: Bedarfsgerechte Zeittaktung Straßenbeleuchtung, Einsparungen 1,5 Stunden x Straßenlaternen/Tag</p>				
Kommentare	0	Bewertung	0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit durch die Verwaltung						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Ja			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
Einsparungen		x	o	o	o	o
Investitionskosten		o	o	o	o	o
Planungsaufwand		o	o	o	o	o
Umsetzungsaufwand		o	o	o	o	o

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, die Schaltung der Straßenbeleuchtung um circa 20:00 Uhr am 26.06.16 erfolgte auf Grund einer Störung an der Beleuchtungssteuerung in einem begrenzten Bereich des Straßennetzes. Diese wurde bereits behoben. Der Lichtsensor am Steuerschrank war verdeckt. Generell sind die Dämmerungsschalter in den Steuerschränken so eingestellt, dass die Beleuchtung bei 20 Lx eingeschaltet wird und ab 16 Lx wieder ausgeschaltet wird. Der Einschaltimpuls erfolgt nach dem Leuchtstundenkalender für diese Region ca. 21:30 Uhr. Zusätzliche Einsparpotentiale können in Verbindung mit diesem Vorschlag nicht realisiert werden.</p>				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Titel	<b>Einführung eines Sozial-Monats-Tickets</b>				
Beschreibung	<p>Mobilität ist ein hohes kulturelles, politisches und wirtschaftliches Gut. Es ist daher nur allzu vernünftig, dass die kostenlose Gewährleistung der Mobilität unter dieser Zielsetzung Aufgabe einer entwickelten Demokratie sein muss. Begründet mit den Zielen Gemeinwohl und Daseinsvorsorge, Verringerung der Umweltbelastung und der Wirtschaftsförderung werden bereits heute die ÖPNV-Betriebe durch Bund, Länder und Gemeinden gefördert. Davon soll auch eine Förderung "unter sozialpolitischen Gesichtspunkten" für einen Personenkreis ermöglicht werden, der die allgemein marktfähigen Preise nicht zahlen kann. Die Mobilität ist durch die im Regelsatz (SGB II / SGB XII) für Verkehr vorgesehene finanzielle Mittel durch das jetzigen Preisgefüge der HAVAG im Stadtverkehr Halle nicht gewährleistet. Der Stadtrat / die Bürgervertretung der Stadt Halle (Saale) möge daher beschließen, dass insbesondere Beschäftigte mit niedrigem Einkommen, aber auch Menschen die auf soziale Transferleistungen nach SGB II, nach SGB XII und nach dem AsylbLG angewiesen sind, zum Erwerb eines Sozial- und Mobilitäts-Monats-Tickets zum Preis von aktuell maximal 25,44 Euro berechtigt sind und entsprechende Preismodelle angeboten werden. Ich verweise diesbezüglich auch ausdrücklich auf die Bürgerinitiative Sozialticket: Warum braucht Halle ein Sozialticket: Weil ... Menschen, welche von „Hartz-IV“ leben müssen, max. 25,44 Euro pro Monat für Verkehrsmittel zur Verfügung haben, eine einfache Fahrt in Halle jedoch bereits 2,20 Euro und die Monatskarte 58,70 Euro kostet. ... eine Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben in der Stadt Halle mit einem Mobilitätsanteil von 25,44 Euro im Monat ausgeschlossen ist. Die Menschen haben ein Recht, am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben teilzuhaben. ... von der Gesellschaft zunehmend Flexibilität und Mobilität erwartet wird. Mit dem Regelsatz für Verkehrsmittel ist dies nicht möglich. ... ein Sozialticket Aktivitäten zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit auslöst.</p> <p>Einsparvorschlag: Da davon auszugehen ist, dass trotz intensiver Kontrollen mitunter viele zur Schwarzfahrt gedrängte sozial Schwache in der Folge eines tatsächlich sozialen Entgegenkommens bereit sein werden, den im Regelsatz vorgesehenen Betrag für eine damit preislich korrespondierend angebotene Monatskarte zu entrichten, ist gleichfalls mit geringerem Einnahmeausfall der zum größten Teile der Stadt Halle (Saale) angehörenden Verkehrsbetriebe der Stadt zu rechnen. Zudem bedeutete dies auch einen besonderen Beitrag zur Umweltentlastung infolge nunmehr tatsächlich sich lohnender Nutzung des ÖPNV. Zudem ist festzuhalten, dass eine Stadt zuvorderst von Menschen gebildet wird, welche insofern vorrangig finanziell gefördert zu werden oberste Priorität der politischen Vertretung dieser Menschen ganz selbstverständlich sein sollte.</p>				
Kommentare	1	Bewertung	4 Ja-Stimmen	1 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit durch die Verwaltung						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Ja			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien	Gar keine					
Einsparungen	X	X	O	O	O	O
Investitionskosten	O	O	O	O	O	O
Planungsaufwand	O	O	O	O	O	X
Umsetzungsaufwand	O	O	O	O	O	X

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Halle (Saale) verweist bezüglich dieses Themas auf eine bereits vorliegende Informationsvorlage VI/2015/01154, die aktuell noch gültig ist. Diese kann im Ratsinformationssystem der Stadt oder unter dem folgenden Link abgerufen werden:</p>
------------------------------	--

	<a href="http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?_kvonr=12065&amp;voselect=14700">http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?_kvonr=12065&amp;voselect=14700</a>				
Beschluss- vorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Vorschlag Nr. 409				
Titel		<b>Parkgebühren mit sozialer Verantwortung</b>		
Beschreibung	<p>Die Kosten der Parkautomaten in der Stadt sind bestimmt nicht unerheblich. Die Wartungsintervalle und Anschaffung- und Energiekosten führen zu einer gewissen Summe, die von den eingenommenen Parkgebühren abgezogen werden müssen. Die Verwaltung tut ihr Übriges. Die Automaten laufen Tag und Nacht. Auch wenn zu bestimmten Zeiten keine Gebühren erhoben werden.</p> <p>Einsparvorschlag: Nehmen sie Menschen, die diese Funktion übernehmen. In Italien werden "geschützte Menschen" (mit Behinderungen) als Parkwächter eingesetzt. Diese Leute sind sehr dankbar über diesen Job. Denn sie werden in der Gesellschaft gebraucht! Sie können sich sicher sein, die Kasse stimmt auf jeden Cent. Die Gewissenhaftigkeit bestimmter geschützter Menschen ist atemberaubend. Sie können sich bestimmt vorstellen, wie dankbar diese Mitbürger sind, in der Gesellschaft gebraucht zu werden. In Heide Nord, Blumenauweg, werden einige Dienstleitungen von geschützten Menschen angeboten. Sie sind einfach da und werden sowieso von uns allen zu Recht versorgt.</p>			
Kommentare	0	Bewertung	0 Ja-Stimmen	1 Nein-Stimmen
			0 Neutrale Stimmen	

Einschätzung der Umsetzbarkeit						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Ja			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
	Einsparungen	X	O	O	O	O
	Investitionskosten	O	O	O	O	X
	Planungsaufwand	O	O	O	O	X
	Umsetzungsaufwand	O	O	O	O	X

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Sehr geehrte Nutzerin, sehr geehrter Nutzer, wir danken Ihnen für Ihren Vorschlag und möchten darauf wie folgt eingehen: Der Vorschlag die Betriebskosten für Parkscheinautomaten (PSA) durch den Einsatz von "geschützten Menschen" (mit Behinderung) als Parkwächter einzusparen ist im Sinne einer Kostenersparnis nicht zielführend (keine Kostenersparnis). Begründung Die Investitionen für die vorhandenen PSA sind bereits erfolgt. Energiekosten für den Betrieb der PSA fallen nicht an (autonome Solarversorgung), Beschaffungskosten z. B. für den Betrieb bleiben. Kosten für die Wartung und Bargeldentleerung würden entfallen; gegenzurechnen sind hier die Kosten für die Abrechnung, Bearbeitung und Einzahlung des Bargeldes. Zusätzlich würden Gehaltskosten für neu einzustellende geschützte Mitarbeiter entstehen. Hinzu kommen zusätzliche Investitionskosten für anzuschaffende mobile Kartenleser, um weiterhin das bargeldlose Bezahlen zu ermöglichen. Außerdem müssten in bestimmten Abständen Kassenhäuschen o.ä. aufgestellt werden (unter Beachtung der zumutbaren Wegestrecke für den Parker). Auch sind räumliche Möglichkeiten für Pausen sowie Sanitäreanlagen zu schaffen, was weitere Kosten verursacht.</p>				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozessen ein	<input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Vorschlag Nr. 410				
<b>Titel</b>	<b>Aufgabenverteilung bei der Feuerwehr</b>			
<b>Beschreibung</b>	Der Vorschlag basiert darauf, dass die meisten Kommunen "nur" über freiwillige Feuerwehren verfügen, welche 24/7 einsatzbereit sind. Für Zeiten der vermutlich hohen Anwesenheit von Kräften der freiwilligen Feuerwehren am Wohnort (Wochenenden, Feiertage) werden die Aufgaben durch die freiwilligen Feuerwehren übernommen. Somit kann zu solchen Zeiten das hauptamtliche Personal der Berufsfeuerwehr reduziert werden. Einsparvorschlag: Zuschläge für Arbeitszeit an Wochenenden, Feiertagen, Nachtarbeit			
<b>Kommentare</b>	2	<b>Bewertung</b>	0 Ja-Stimmen	2 Nein-Stimmen
			0 Neutrale Stimmen	

<b>Einschätzung der Umsetzbarkeit</b>						
<b>Zuständigkeit der Stadt:</b>			<b>Rechtlich unbedenklich:</b>			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
	Einsparungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Investitionskosten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Planungsaufwand	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Umsetzungsaufwand	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

<b>Stellungnahme der Verwaltung</b>	<b>In Prüfung</b>				
<b>Beschlussvorschlag FA</b>	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
<b>Sonstiges</b>					



Vorschlag Nr. 411					
<b>Titel</b>	<b>Rosengartenbrücke</b>				
<b>Beschreibung</b>	<p>Aktuell wird über den (neu)Bau der Rosengarten-Brücke diskutiert. Streitpunkt ist die zu verbauende Länge, bedingt durch den Ausbau auf 4 unabhängiger Fahrwege, vom Straßenbahnverkehr. Dass ein solcher Ausbau kommen muss ist fast nicht mehr strittig, sondern die Mehrkosten einer längeren Brücke. Hier kann mit einer neuen Denkweise und Herangehensweise eine denkbar einfachere Lösung gefunden werden.</p> <p>Einsparvorschlag:  Man kehrt die Überbrückung um. Statt einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße, macht es eher Sinn die Merseburger Straße mittels Brücke über die Eisenbahntrasse zu legen, so wie es bereits am südlichen Ende der Paul-Suhr Straße der Fall ist. Statisch braucht man nicht so hohe Lasten tragen und man könnte von Innen nach Außen unterschiedliche Tragfähigkeiten berechnen. Hinzu käme ein Gewinn in der Höhe für den Verkehr, so bräuchte man keine Limitierung mehr. Was bisher durch die geringe Durchfahrtshöhe der Brücken nötig ist. Zusätzlich würde der Zugverkehr in einer Senke verschwinden (ebenfalls wie im obig genannten Bereich) und die Lärmbelästigung auf natürlicher Weise verringert. Lärmschutzwände würden optional ihr übriges tun.</p>				
<b>Kommentare</b>	0	<b>Bewertung</b>	0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

<b>Einschätzung der Umsetzbarkeit</b>						
<b>Zuständigkeit der Stadt:</b>			<b>Rechtlich unbedenklich:</b>			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien						
		Gar keine				
	<b>Einsparungen</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Investitionskosten</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Planungsaufwand</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<b>Umsetzungsaufwand</b>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	

<b>Stellungnahme der Verwaltung</b>	<b>In Prüfung</b>				
<b>Beschlussvorschlag FA</b>	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
<b>Sonstiges</b>					

Vorschlag Nr. 412				
<b>Titel</b>	<b>Einführung eines Handwerkerparkausweises</b>			
<b>Beschreibung</b>	<p>Zur Vereinfachung des Parkens in Parkraumbewirtschaftungszonen in der Stadt Halle und zur weiteren Stärkung des Handwerkes, wird die Einführung eines Handwerkerparkausweises vorgeschlagen. In Berlin gibt es beispielsweise dieses Angebot schon. Mit ihm könnten Handwerker und auch technische Dienstleister eine Ausnahmegenehmigung erhalten, die dazu berechtigt z. B. Flächen mit Parkuhr und Gebiete mit Anwohnerparkausweis (weitere Möglichkeiten wären zu prüfen) im Stadtgebiet von Halle zu nutzen. Der Handwerkerparkausweis könnte je nach Antrag eine Gültigkeit von 6 Monaten, einem oder zwei Jahren haben. Auch eine Erweiterung auf mehrere Fahrzeuge wäre denkbar, wobei allerdings jeweils nur ein Fahrzeug zum Parken in den oben genannten Bereichen berechtigt ist.</p> <p>Einsparvorschlag: Mit der Ausgabe dieser Ausweise könnte die Stadt Halle (Saale) Einnahmen erzielen. In Berlin kostet ein Handwerkerparkausweis für 6 Monate beispielsweise 130 €.</p>			
<b>Kommentare</b>	0	<b>Bewertung</b>	0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen
			0 Neutrale Stimmen	

<b>Einschätzung der Umsetzbarkeit</b>							
<b>Zuständigkeit der Stadt:</b>			<b>Rechtlich unbedenklich:</b>				
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien							
	<b>Einsparungen</b>	Gar keine	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Investitionskosten</b>		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Planungsaufwand</b>		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	<b>Umsetzungsaufwand</b>		<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

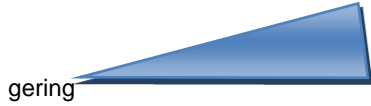
<b>Stellungnahme der Verwaltung</b>	<b>In Prüfung</b>				
<b>Beschlussvorschlag FA</b>	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
<b>Sonstiges</b>					

Vorschlag Nr. 400					
Titel	<b>Eisenbahntrasse (West/Ost) in Tunnel verlagern</b>				
Beschreibung	<p>Im Süden von Halle wird die Stadt durch die S- und Fernbahntrasse Richtung Westen geteilt, und die Silberhöhe nebst angegliederter Stadtteile vom Rest der Stadt abgespalten. Zudem verursacht diese Trasse vermehrt Lärm durch z.B. Güterzüge. Eine Verlagerung dieser Trasse in einen Tunnel, würde für Halle gleich mehrere Vorteile bringen: 1. Schaffung neuer Freiflächen 2. Minimierung von Lärm durch Zugverkehr 3. Bessere Anbindung der Silberhöhe an die Stadt 4. Thema Rosengarten-Brücke wäre auch geklärt 5. Neue Verkehrs- und Wegeplanung 6. Eine echte Chance für das Projekt "Waldstadt Silberhöhe" Vorschlag für die Erstreckung des Tunnels: Paul-Suhr-Straße bis Rosengarten</p> <p>Einsparvorschlag:                  Mir ist bekannt, dass dieses Vorhaben sehr Geld- und Zeitaufwändig ist - weshalb ich vorschlage - dieses in Projekte wie das Projekt "Halle 2050" aufzunehmen. Einher käme wahrscheinlich ein Bahnprojekt der Deutschen Bahn AG infrage.</p>				
Kommentare	0	Bewertung	0 Ja-Stimmen	1 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit						
Zuständigkeit der Stadt: Nein			Rechtlich unbedenklich: Nein			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
Einsparungen		X	O	O	O	O
Investitionskosten		O	O	O	O	X
Planungsaufwand		O	O	O	O	X
Umsetzungsaufwand		O	O	O	O	X

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für den Vorschlag. Die Verwaltung sieht jedoch in einem solchen Vorschlag keinerlei Einsparungs- und Verbesserungspotential für die Stadt. Die Verlagerung einer bestehenden Verkehrsstrasse in Tunnellage muss mit einem vertretbaren Aufwand verbunden sein, das ist hier nicht der Fall. Hinzu käme der zusätzliche Instandhaltungsaufwand für eine Tunnelanlage. Der Verursacher der Maßnahme muss nach Kreuzungsrecht die Kosten tragen, was bei Weiterverfolgen des Vorschlages die Stadt wäre. Der Vorteilsausgleich, den die Bahn der Stadt für diese neue Gleisanlage bezahlen müsste, wäre zu vernachlässigen. Eine derart massive Abspaltung des südlichen Stadtteils wird nicht gesehen, das Projekt "Waldstadt Silberhöhe" entwickelt sich bereits positiv. Seit der Wende wurden die Kaiserslauterer Straße und die Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost als zusätzliche Verbindung in Richtung Norden gebaut.</p>				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					

Vorschlag Nr. 401					
Titel	<b>Attraktivität oberer Boulevard</b>				
Beschreibung	Zunehmend schließen die Läden am oberen Boulevard (Leipziger Straße). Für Gäste und Bürger der Stadt Halle bildet diese Straße das Verbindungselement zwischen Hauptbahnhof und Kernstadtbereich. Doch anstatt von attraktiven Geschäften oder Gastro-Einrichtungen begrüßt zu werden, herrscht lediglich Tristesse in dieser für das Stadtbild nicht unwichtige Straße. Einsparvorschlag: - Bildung von BID - Attraktivität für Einzelhandel steigern --> je höher der Anteil der Händler in dieser Straße, desto höher die Gewerbesteuererinnahmen. Zunächst investieren, um mittelfristig Vorteile erzielen zu können.				
Kommentare	0	Bewertung	1 Ja-Stimmen	1 Nein-Stimmen	0 Neutrale Stimmen

Einschätzung der Umsetzbarkeit						
Zuständigkeit der Stadt: Ja			Rechtlich unbedenklich: Nein			
Bitte bewerten Sie aus <u>Ihrer</u> Sicht die Umsetzbarkeit, anhand der folgenden Kategorien		Gar keine				
Einsparungen		O	X	O	O	O
Investitionskosten		O	O	X	O	O
Planungsaufwand		O	O	O	X	O
Umsetzungsaufwand		O	O	O	O	X

Stellungnahme der Verwaltung	<p>Sehr geehrte Nutzerin, sehr geehrter Nutzer, wir danken Ihnen für Ihren Vorschlag und möchten darauf wie folgt eingehen: Zur Einrichtung eines BID bedarf es einer gesetzlichen Grundlage des Bundeslandes. Leider gibt es eine solche im Land Sachsen-Anhalt nicht. Als Alternative und mit dem Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Situation und des Erscheinungsbildes der Straße hat sich auf Initiative einiger Anlieger und der Stadt eine Arbeitsgruppe in der Oberen Leipziger Straße gegründet, die sich aus Händlern und Gewerbetreibenden, Immobilienbesitzern, Kreativschaffenden, Mitarbeitern der IHK, HWG und der Verwaltung zusammensetzt. Diese trifft sich zu aktuellen Themen und unterstützt die gewerblichen Anlieger in allen Belangen vor Ort (z.B. Einrichtung einer weihnachtlichen Beleuchtung im Jahr 2015, Verbesserung der Sicherheit in der Leipziger Straße, Frühjahrspflanzaktion und das 1. Kirschblütenfest). Die Stadt Halle (Saale) unterstützt außerdem jede Aktivität, die zu einer Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt und vermehrten Ansiedlung im Einzelhandel führt. Hier werden künftig u.a. die Handlungsempfehlungen aus einer aktuell vorgenommenen Passantenzählung und einer Potenzialanalyse der Innenstadt aufgegriffen, die sich derzeit in Vorbereitung befinden. Folgende positive Entwicklungen in der Straße stehen bevor bzw. vollziehen sich bereits: - Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird am Riebeckplatz ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten. Geplant ist außerdem ein Hotel, das für zusätzliche Attraktivität und Passantenfrequenzen sorgen wird. - Die Obere Leipziger Straße wird vermehrt von Künstlern wahrgenommen. Die Künstlerkolonie Halle plant – unterstützt durch Stadt und IHK - die Gestaltung des „Grünen Winkels“ als Begegnungs- und Veranstaltungsort, der für Hallenser und ihre Gäste Kunst und Kultur erlebbar machen soll (Einrichtung eines Amphitheaters und eines Skulpturenweges sind in Planung). In einem ersten Schritt wird Ende Juli eine künstlerisch gestaltete Stele (Wegweiser) festlich eingeweiht. Im Rondell am Riebeckplatz zeigen aktuell Diplomanden der BURG ihre Arbeiten und werden die Räume auch künftig zu Sonderkonditionen nutzen. Im kommenden Jahr wird die Ansiedlung von Radio Corax und der Werkleitz Gesellschaft den Eingang zur Straße thematisch prägen. - Aktuell erfolgen Umbaumaßnahmen in einer Reihe von Ladenlokalen, welche demnächst eröffnet werden. - Das im Vorjahr erstmals für die Obere Leipziger Straße umgesetzte Beleuchtungs- und Gestaltungskonzept in der Vorweihnachtszeit wird in diesem Jahr mit Unterstützung von Partnern noch deutlich qualifiziert und ausgeweitet.</p>				
------------------------------	---	--	--	--	--

	Hinweis: Die im Rahmen der Zukunftswerkstatt Riebeckplatz gezeigten Präsentationen (u.a. mit den Plänen der Künstlerkolonie) können unter folgendem Link eingesehen werden: <a href="http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/Leitbild-Riebeckplatz/Zukunftswerkstatt-Ri-08985/">http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/Leitbild-Riebeckplatz/Zukunftswerkstatt-Ri-08985/</a>				
Beschlussvorschlag FA	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden	<input type="checkbox"/> Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt	<input type="checkbox"/> Vorschlag fließt in laufenden Entscheidungs-/Planungsprozesses ein	<input type="checkbox"/> Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
Sonstiges					